

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt, 17.3.2010

Polizeipannen in Sachsen-Anhalt 2009/2010
im Zusammenhang mit rechtsextremem Straftaten

3. April 2009, Dessau

Ein von einer Gruppe Rechtsextremer angegriffener Jugendlicher verständigt nach seiner Flucht die Polizei, die allerdings nichts unternimmt, die Täter festzunehmen. Als er einige Tage später seine Angreifer erkennt und die Polizei verständigt, wird er von der Beamtin mit den Worten „Rufen Sie morgen noch einmal an.“ vertröstet. Nach einer schriftlichen Beschwerde entschuldigt sich die Polizei im Antwortschreiben bei dem Betroffenen.

11.04.2009 Halberstadt

Nach einem Überfall auf einen Jugendlichen bei einem Osterfeuer trifft das Opfer einige Zeit später wieder auf die Täter und wird angegriffen. Die zum zweiten Mal alarmierte Polizei verfolgt nicht die Täter, sondern nimmt die Personalien der Opfer auf.

21.5.2009, Alleringersleben

Ein Jugendclub wird von einer Gruppe Rechtsextremer angegriffen. Auch nach Eintreffen der Polizei wird der Hitlergruß gezeigt. Die Täter werden nicht in Gewahrsam genommen.

16.12.2009, Dessau

Bei einer Drogenrazzia betritt eine Gruppe von Polizisten einen Telefonladen, der von der Deutsch-Afrikanischen Initiative betrieben wird. Die Anwesenden werden durchweg geduzt und über den Grund des Einsatzes nicht informiert. Anschliessend werden alle Anwesenden einer Leibesvisitation unterzogen. Zwei Monate später räumt der Polizeipräsident öffentlich ein, dass dies bei bei einem Teil der Betroffenen ohne Tatverdacht erfolgte und entschuldigt sich öffentlich. Das Geschäft war bereits im Juli 2009 ohne Begründung von der Polizei durchsucht worden.

14.01.2010, Dessau

Polizisten bitten einen afrikanischen Mitbürger an einer Bushaltestelle auf der Straße nach seinen Ausweispapieren. Die Frage nach dem Grund der Kontrolle beantworten sie nicht. Sie duzen den Flüchtling durchweg. Als er die Papiere verweigert zwingen sie ihn mit körperlicher Gewalt zur Herausgabe der Papiere und drohen, ihn mit in das Polizeirevier zu nehmen.

9.3.2010, Burg

Die Ermittlungen wegen eines rechtsextremen Überfalls auf zwei Flüchtlinge im Mai 2008 ziehen sich soweit in die Länge, dass erst im Juli 2009 Anklage erhoben wird und dies nur gegen einen der Angreifer. Die Flüchtlinge werfen der Polizei vor, die am Tatort anwesenden Täter nicht identifiziert zu haben. Der betroffene Polizist erklärt in der Gerichtsverhandlung am 9.3., er habe schließlich die Opfer in Sicherheit gebracht. Das sei ausreichend.